
2758/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 21.09.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Henrike Brandstötter,
Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Digitale Grundbildung: Externes Know-how für Schulen nutzbar
machen**

Mit dem Schuljahr 2022/23 wurde in Österreichs Schulen, konkret in der Sekundarstufe 1, das Schulfach Digitale Grundbildung eingeführt. Dieses soll dazu beitragen, dass Schüler_innen einerseits IT-Grundwissen erwerben und andererseits im Umgang mit digitalen Medien zu kompetenten, kritischen und verantwortungsbewussten Konsument_innen und Akteur_innen werden.

Dieses neue Fach stellt eine große Chance dar, gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, allerdings wurde es eingeführt, ohne davor systematisch Lehrerinnen und Lehrer dafür auszubilden, diesen Gegenstand zu unterrichten. Es gab zwar als Vorläufer des neuen Fachs die verbindliche Übung "Digitale Grundbildung", aber diese war erstens nicht unmittelbar verpflichtend (die Schulen konnten die Inhalte auch in andere Fächer integrieren) und zweitens gab es auch dafür schon keine planvolle, flächendeckende Ausbildung von Lehrkräften.

Im Studienjahr 2022/23 soll nun ein Lehramtsstudium Digitale Grundbildung starten, es werden aber noch Jahre vergehen, bis dieses erste Absolvent_innen hervorgebracht hat. Im Bereich der Lehrer:innen-Fortbildung gibt es zwar Angebote im Bereich der Digitalen Grundbildung, doch ist damit weder vom Umfang noch von der Qualität her (es handelt sich u.a. um MOOCs) annähernd sichergestellt, dass für alle Klassen der rund 1.500 Mittelschulen und AHS-Unterstufen gut ausgebildete Lehrkräfte für den neuen Gegenstand zur Verfügung stehen.

Dem Gegenüber gibt es aber seitens vieler NGOs, Institute, Verlage und anderer Anbieter:innen ein breites Spektrum an Expertise im Bereich der Digitalisierung und Medienerziehung, das z.T. auch bereits in Form von Workshops für Schüler_innen den Schulen angeboten wird. Sofern die Angebote nicht kostenlos sind, haben die Schulen aber kaum Möglichkeiten diese in Anspruch zu nehmen, da das entsprechende Budget dafür fehlt.

Die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung und digitalen Medien verbunden sind, sind jedoch drängend. Dazu gehört etwa die enorme Welle an Desinformation und Fake News, der unsere Gesellschaft und insbesondere Kinder und Jugendliche, die oft nicht oder nur in geringem Ausmaß klassische Medien konsumieren, ausgesetzt sind. Die Strategien und Methoden, Desinformation als solche zu

entlarven, sind keineswegs banal und erfordern inhaltliches und didaktisches Know-how, das derzeit in den Schulen noch fehlt.

Während das mittelfristige Ziel natürlich sein muss, genügend Lehrer:innen durch systematische Fortbildung mit dem Rüstzeug für dieses und andere Themen der digitalen Grundbildung auszustatten, klafft kurzfristig eine Lücke, die nur durch das Hereinholen externer Angebote geschlossen werden kann. Damit die Schulen dafür auch Mittel zur Verfügung haben, ist es aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten wünschenswert, sie mit einem entsprechenden Budget auszustatten.

Die Einführung des neuen Unterrichtsgegenstandes Digitale Grundbildung bietet in Verbindung mit dem außerschulisch bereits vorhandenen Know-how die Chance, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, die Möglichkeiten digitaler Medien verantwortungsbewusst zu nutzen und sich und andere vor Gefahren zu schützen. Es gilt nun, diese Chance rasch zu nutzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bildungsminister, wird aufgefordert, den Schulen (v.a. Mittelschulen und AHS) ein Projektbudget zur Verfügung zu stellen, mit dem sie punktuell Bildungsangebote externer Expert_innen im Bereich der Digitalen Grundbildung zukaufen können, solange es noch keine flächendeckende Versorgung mit fachlich entsprechend ausgebildeten Lehrkräften gibt und das Lehramtsstudium Digitale Grundbildung noch keine Absolvent_innen hervorgebracht hat. Dies umfasst sowohl Angebote für Schüler_innen (z.B. Workshops u.a. zu Themen wie Desinformation, Fake News, Hate Speech, Cybermobbing, Privatsphäre etc.) als auch Angebote für Lehrer_innen (z.B. Fortbildung im Bereich der Digitalen Didaktik).

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.